



Vorsprung Bayern | Zukunft gestalten: Kommunale Arbeitsmärkte und Migration

Montag, 02.02.2026, um 10:00 Uhr

hbw | Haus der Bayerischen Wirtschaft, ConferenceArea, Europasaal
Max-Joseph-Straße 5, 80333 München

Begrüßung und Statement

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer
vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine Damen und Herren,
herzlich willkommen zu unserem Vorsprung-
Bayern-Kongress Zukunft gestalten: Kommunale
Arbeitsmärkte und Migration!

Besonders herzlich begrüße ich die aktiv
Beteiligten unserer Veranstaltung:

- allen voran den Generalsekretär der CSU und
Landtagsabgeordneten Martin Huber,
lieber Martin,
- den Landtagsabgeordneten,
stellvertretenden Landesvorsitzenden und
Stadtvorsitzenden München der Freien
Wähler, Prof. Dr. Michael Piazolo,
- den stellvertretenden Generalsekretär der
BayernSPD und Oberbürgermeister der Stadt
Forchheim, Dr. Uwe Kirschstein,
- den Münchener Stadtrat Beppo Brem von den
Grünen
- und Prof. Dr. Herbert Brücker, Leiter des
Forschungsbereichs „Migration, Integration

und internationale Arbeitsmarktforschung“
am Institut für Arbeitsmarkt- und
Berufsforschung.

Schön, dass Sie sich alle die Zeit genommen
haben!

[weitere namentliche Begrüßungen]

Meine Damen und Herren,

zu Beginn des neuen Jahres befindet sich unser
Land weiterhin in der Krise.

Fakt ist: Wir befinden uns an einem Kipppunkt in
Richtung De-Industrialisierung. Bayern trifft das
besonders stark, weil wir mehr als andere vom
verarbeitenden Gewerbe leben.

Sichtbar wird die gegenwärtige Krise
insbesondere auf dem Arbeitsmarkt. Zwar lag die
bayerische Arbeitslosenquote im Jahr 2025 bei
nur 4,0 Prozent – damit schneiden wir im
Ländervergleich weiterhin am besten ab.

Zur Wahrheit gehört aber auch: Die strukturelle Arbeitslosigkeit nimmt zu. Allein in der bayerischen Metall- und Elektroindustrie sind seit Januar 2024 rund 35.000 Arbeitsplätze verloren gegangen. Besserung ist nicht in Sicht. Wir gehen davon aus, dass 2026 weitere 20.000 Arbeitsplätze in unserer Leitindustrie wegbrechen werden!

Sorge bereitet uns auch, dass sich der Arbeitsmarkt in allen bayerischen Regierungsbezirken seit 2022 merklich verschlechtert hat. Von Unterfranken bis Oberbayern: Die Zahl der Arbeitslosen ist überall gestiegen.

Das Paradoxe an der gegenwärtigen Situation ist: Trotz Produktionsrückgängen und steigender Arbeitslosigkeit haben viele Unternehmen nach wie vor mit einem Mangel an Arbeits- und Fachkräften zu kämpfen.

Aufgrund der Wirtschaftskrise ist dieser Mangel natürlich nicht mehr so eklatant, wie er schon

einmal war. Das Thema setzt einige Branchen aber weiterhin unter Druck.

Meine Damen und Herren,

übergeordnetes Ziel muss es in dieser Situation sein, die Arbeitsmärkte zu stabilisieren.

- Die Arbeitslosenquote muss runter!
- Die Verfügbarkeit qualifizierter Arbeitskräfte muss rauf!

Die Politik ist auf unterschiedlichen Ebenen gefordert, diese Ziele zu erreichen. Vor allem von der Bundesregierung muss deutlich mehr kommen! Aber auch die Kommunen müssen ihre Handlungsspielräume effizient nutzen.

In der jetzten Lage muss klar sein: Die beste Arbeitsmarktpolitik ist eine kluge Wirtschaftspolitik!

- Wer verhindern will, dass immer mehr Menschen in die Arbeitslosigkeit fallen,

- wer die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigern will,
- wer die Arbeitsmärkte robust halten will,
- der muss zuallererst die Wirtschaft stärken!

Es ist doch unstrittig: Nur dann, wenn die Unternehmen investieren und Innovationen auf den Markt bringen können, entstehen auch wieder neue Jobs!

Deshalb geht kein Weg daran vorbei: Die Politik muss die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts verbessern und den Unternehmen Raum zur Entfaltung geben!

Die zentrale Schwäche Bayerns – und Deutschlands – sind die Kosten.

Wir haben

- zu hohe Energie- und Arbeitskosten,
- zu hohe Steuern und Abgaben
- und zu hohe bürokratische Belastungen.

- Hinzu kommt der bisher fehlende Reformwille bei den sozialen Sicherungssystemen.

Hier muss dringend etwas passieren!

2026 muss das Jahr der Wirtschaft werden!

2026 muss das Jahr der Beschäftigung werden!

Gefordert sind auch die Kommunen, über deren arbeitsmarktpolitische Rolle wir heute besonders intensiv diskutieren wollen.

Es besteht kein Zweifel: Auch Städte, Landkreise und Gemeinden verfügen über ein breites Instrumentarium, um aus dem Stellenabbau einen Jobaufbau zu machen.

Für die Entwicklung der kommunalen Arbeitsmärkte spielen ganz unterschiedliche Faktoren eine Rolle.

Denken Sie nur an die Verkehrsinfrastruktur. Die Qualität der Straßen, die Erreichbarkeit der Arbeitsstätte, der öffentliche Personen-

nahverkehr: All das ist relevant für die Standortentscheidungen der Unternehmen und die Arbeitsplatzentscheidung von Arbeitskräften und Fachkräften.

Denken Sie an die Themen Wohnraum, Betreuung und Gesundheitsversorgung. Wo es sich gut leben lässt, lässt es sich in aller Regel auch gut arbeiten.

Denken Sie an das Forschungsumfeld. Innovationen entstehen dort, wo kluge Köpfe ausgebildet werden. Und genau hier sind in aller Regel auch die Unternehmen zuhause.

Denken Sie an die digitale Transformation. Gemeinden, die sich zum Glasfaserausbau entschließen, locken damit auch Unternehmen an. Landkreise, die Verwaltungsaufgaben digitalisieren, erleichtern den Betrieben das Wirtschaften. Auch das hat Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt.

Denken Sie an die Gewerbesteuer. Es ist doch offensichtlich: Der Arbeitsmarkt wird sich in jenen

Regionen besser entwickeln, in denen die Steuerbelastung der Unternehmen moderater ausfällt als anderswo.

Denken Sie aber auch an das Schlüsselthema Migration.

Klar ist: Wir brauchen jetzt und in Zukunft auch Arbeits- und Fachkräfte aus dem Ausland, um den Bedarf der Unternehmen zu decken. Deshalb ist eine gesteuerte Zuwanderung notwendig.

Ohne eine entsprechende Willkommenskultur besteht aber das Risiko, dass ausländische Fachkräfte wieder abwandern.

Deshalb gilt: Wir müssen flächendeckend Welcome-Center in den Regionen einrichten.

Denn diese Anlaufstellen unterstützen bei allen Fragen zum Leben und Arbeiten in Deutschland.

Zudem müssen regionale Netzwerke gestärkt werden. Ich denke hier vor allem an die Vereine. Sie spielen eine zentrale Rolle, wenn es um die

gesellschaftliche Integration ausländischer Arbeitskräfte geht.

Und schließlich müssen wir auch die Potenziale von Geflüchteten noch besser nutzen und sie bei der Integration in den Arbeitsmarkt unterstützen.

- Wo Sprachkurse angeboten werden,
- wo es engagierte Helferkreise gibt,
- dort werden geflüchtete Menschen viel schneller Teil der Gemeinschaft, Mitglied in der Leistungsgesellschaft und erfolgreich auf dem Arbeitsmarkt.

Meine Damen und Herren,

all diese Beispiele machen deutlich, warum die bayerische Kommunalwahl am 8. März so wichtig ist: Sie entscheidet ganz maßgeblich darüber, wie sich die Regionen im Freistaat wirtschaftlich entwickeln. Und damit entscheidet die Wahl auch darüber, in welche Richtung der Arbeitsmarkt steuert.

Heute wollen wir von Politikern der demokratischen Parteien mehr erfahren über ihre arbeitsmarktpolitischen Konzepte. Zudem wollen wir wissen, wie sie Fachkräfte aus dem Ausland gewinnen und die Integration Geflüchteter gestalten wollen. Ich bin gespannt darauf!

Bevor wir mit der Diskussion starten, übergebe ich das Wort an Herrn Professor Brücker.

Er wird uns jetzt darlegen, worauf die Kommunen zu achten haben in puncto Arbeitsmarktpolitik und in puncto Migrationspolitik.

Noch ein letzter Hinweis: Heute haben wir als vbw unsere sieben regionalen Arbeitsmarktpapiere veröffentlicht – für jeden Regierungsbezirk eines. Die Positionspapiere liegen aus. Ich kann Ihnen die Lektüre nur empfehlen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!